

Bundeswehr? Nein Danke

Warum die DFG-VK das Militär ablehntⁱ

Fast jeder Staat auf der Welt beansprucht für sich das Recht, eine Armee aufzustellen. Zur Begründung wird meist angeführt, man müsse sich schützen können. Doch Militär dient immer anderen Zwecken: der Erhaltung und Ausweitung von Macht, der Durchsetzung von Interessen, der Kontrolle von Territorium und der Zerstörung von gegnerischen Militärstrukturen im Krieg, falls für nötig erachtet.

Die Anwendung militärischer Mittel muss einem einheitlichen Willen folgen, um ein effektives Instrument zu sein. Also hat Militär hierarchische Strukturen, eine durchgehende Befehlskette von dem*der obersten Chef*in bis zu den einzelnen Soldat*innen.

Die Soldatinnen und Soldaten müssen bereit sein zu töten, aber auch dazu, ihr eigenes Leben zu riskieren. Ausbildung und Drill beim Militär dienen der Überwindung der Todesangst und dem Abbau der Tötungshemmung.

Hierarchische Strukturen zur Kontrolle

Soldat*innen müssen Befehlen gehorchen. Verweigern sie diese, werden sie bestraft, im Extremfall mit der Todesstrafe. Die hierarchischen Strukturen dienen also auch der Kontrolle und Disziplinierung. Unterordnung und Gehorsam ist die soldatische Tugend Nummer eins.

In der Geschichte, z.B. im amerikanischen Bürgerkrieg und während der Revolutionen 1918/19, gab es Versuche, auch im Militär demokratische Strukturen einzuführen, mit Soldatenräten und Wahlen, z. B. von Offizieren. Diese Experimente scheiterten, bald kehrte man wieder zu den autoritären Strukturen zurück.

Militär und der Sicherheitsgedanke

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich zusammen mit den Nationalstaaten eine neue Denkweise, die bis heute ihre Wirkung zeigt: Der Einsatz von Militär sei prinzipiell gut und richtig. Er sei sogar notwendig, um z. B. Kolonien zu unterwerfen oder das Staatsgebiet zu vergrößern. Weite Teile der Bevölkerung folgten diesem Denken. Heute wird verlautbart, dass das Militär für „unsere Sicherheit“, Sorge. Oder es wird ganz offen davon gesprochen, dass die „Sicherheit der Energie- und Rohstoffversorgung und die Freiheit der internationalen Handelswege“ⁱⁱⁱ abgesichert werden müssten. Dass die Militärmaschinerie gleichzeitig Unmengen an Rohstoffen vergeudet und die Umwelt zerstört, ist nicht im Blick der Verfechter*innen des Militärs.

Kreislauf von Drohung und Gegendrohung

Militär gewinnt erst im Szenario der Bedrohung ihre Berechtigung – und übersieht dabei die Bedrohung, die vom eigenen Militärapparat ausgeht. Die militärische Denkweise findet keinen Ausweg aus dem Kreislauf von Drohung und Gegendrohung. Die Vertreter*innen des Militärs streben nicht nach Gleichgewicht. Sie fühlen sich erst bei Überlegenheit „sicher“. Staat, Gesellschaft und Industrie haben sich dem Streben nach militärischer Stärke unterzuordnen. Ein Mittel, um keine Zweifel an dieser Sichtweise aufkommen zu lassen, ist die allgemeine Wehrpflicht, die zumindest alle Männer („Staatsbürger in Uniform“) in diese Strukturen einbindet.

Der Prozess der praktischen Militarisierung begann in Europa nach den napoleonischen Kriegen, parallel mit der Entwicklung und Konsolidierung der Nationalstaaten, dem flächendeckenden Aufbau von autoritären staatlichen Kontrollstrukturen und der Einführung eines Schul- und Hochschulsystems, das die militärischen und nationalistischen Denkweisen in die Gesellschaft vermittelte. Die Kriege zwischen imperialistischen Staaten führten zum ersten und zweiten Weltkrieg. Die ideologische und kulturelle Überhöhung von Kriegsgeschehen und Militär auch zum kulturellen und gesellschaftlichen Militarismus.

Der Pazifismus – die Gegenbewegung

Parallel dazu entwickelte sich im 19. Jahrhundert – zum Glück oder naturgemäß - eine ideologische, kulturelle und politische Gegenbewegung in den europäischen Gesellschaften, aber auch in den USA und teilweise auch in den damaligen Kolonien. Die kleinste Strömung darin neben Kommunismus, Anarchismus und Feminismus ist wohl der Pazifismus. Seine Ziele waren bzw. sind die Errichtung einer überstaatlichen Rechtsordnung, die allgemeine Abrüstung, Verzicht auf Gewalt und die massenhafte Kriegsdienstverweigerung sowie die Veränderung der gesellschaftlichen und ökonomischen Machtverhältnisse.

Pazifist*innen setzen auf die vorbeugende, zivile Konfliktbearbeitung. Konflikte, die es immer geben wird, sollen mit zivilen, diplomatischen, rechtsstaatlichen und gewaltfreien Mitteln gelöst werden. Dafür braucht es auch eine politische Unterstützung und eine ausreichende Finanzierung aus dem Bundeshaushalt!

Wehrpflicht ermöglicht Massenheere

Beides lässt derzeit nach wie vor auf sich warten. Dafür nahm die militärische Ausrichtung der Staaten ihren Lauf. In der Geschichte gab es mehrfach Freiwilligenarmeen, z. B. unmittelbar nach der französischen Revolution, im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen England, in der Anfangsphase (1860er-Jahre) des amerikanischen Bürgerkriegs und in einigen revolutionären und Unabhängigkeitskriegen (z. B. Vietnam). Die Wehrpflicht geht auf die Zeit nach der bürgerlichen Revolution in Frankreich (1789) zurück, als sich viele nicht mehr freiwillig zur Verteidigung des Staates melden wollten.

Eine Standardbehauptung von (demokratisch gewählten) Befürworter*innen des Militärs ist, die allgemeine Wehrpflicht sei ein Kind der Demokratie. Da aber auch demokratische Regierungen nicht auf die Opferbereitschaft ihrer Bürger vertrauen konnten, führten auch diese sukzessive die allgemeine Wehrpflicht ein. Sie ermöglichte die Aufstellung von Massenheeren und die großen Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts.

Wiederbewaffnung gegen massiven Widerstand

Nach dem zweiten Weltkrieg waren die meisten Deutschen gegen Militarismus und Krieg eingestellt. Trotzdem wurde 1955 die Wiederaufrüstung der BRD eingeleitet, die Wehrpflicht (1956) eingeführt und die Mitgliedschaft in der NATO (1955) besiegelt.

Während große Teile der Bevölkerung eine Neutralität Deutschlands wie in Österreich oder der Schweiz bevorzugten, betrieben die westdeutschen Eliten, an der Spitze Adenauer und die Union, die Westintegration. Die BRD wurde Teil des „Bollwerks gegen den Kommunismus“. Mehr noch: Die Zurückdrängung des sozialistischen Machtblocks war die eigentliche Strategie der NATO. Die

Wiederaufrüstung war der erste Schritt auf dem Weg zurück zur vollen Souveränität, zu einem Staat, der Militär für die Durchsetzung seiner Interessen einsetzen kann.

Der Umschwung vom Antimilitarismus der Nachkriegsjahre zum Antikommunismus der 50er- und 60er-Jahre resultierte im Wesentlichen aus der Propaganda einer „Bedrohung aus dem Osten“ unter dem Eindruck des Korea- Krieges.

Nachwuchswerbung für den Waffendienst

Seit es die Bundeswehr gibt, aber vor allem seit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 2011 betrachtet es die Bundeswehr als quasi natürliches Recht, in Schulen um Nachwuchs zu werben. Jugendoffiziere und -offizierinnen verbreiten dort ihre militärische Weltsicht. Galt früher die Parole „Abschreckung und militärische Stärke ist notwendig“, eine Politik, die die Welt in den 1980er-Jahren an den Rand eines Atomkrieges brachte, heißt es heute: Wir müssen „Krisen und Konflikte bewältigen“, die „unsere Sicherheit“ betreffen, es geht um die „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“. Hinter diesen Sprachregelungen verbirgt sich nichts anderes als das ökonomische Interesse Deutschlands am gesicherten Zugriff auf Rohstoffe und an der Freiheit der Handelswege – so oder so ähnlich formulierten es bisher alle Verteidigungsminister*innen seit Beginn der 90er-Jahre.

Militärpropaganda in den Schulen

Die Vertreter*innen der Bundeswehr an Schulen verbreiten ausschließlich ihr Weltbild, in dem Militär immer notwendig und der Einsatz des Militärs immer gerechtfertigt ist. In ihren Vorträgen vertreten sie nicht die Normen und das Friedensgebot des Grundgesetzes (Präambel, Art. 24, 26, 87 a GG) und nicht die Charta der Vereinten Nationen. Vielmehr werben sie für die „Realpolitik“ der BRD, wie sie die Mehrheit im Bundestag seit Anfang der 90er-Jahre nach dem Motto „Wir setzen die Bundeswehr immer dann ein, wenn wir es für zweckmäßig halten“ immer unterstützt hat, auch wenn ihr die Zustimmung weiter Kreise der Bevölkerung bei dieser Frage verwehrt blieb. Die Aussage „Bundeswehr? Nein Danke!“ wird von denen, die an den Friedensauftrag der Armee glauben, vielleicht als Provokation empfunden. Sie ist aber angesichts der Funktion von Militär mehr als gerechtfertigt. Die Ablehnung der Bundeswehr ist Friedensarbeit! Für die Praxis in Schulen und Hochschulen bedeutet dies: Die Bundeswehr hat keinen Bildungsauftrag und damit an Bildungseinrichtungen nichts verloren! Entscheidender jedoch ist: Während die Vertreter*innen der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen Nachwuchs werben, bereiten sie den Boden für eine Ideologie, in der Militär und letztlich Krieg für notwendig und unvermeidlich erklärt werden.

von Thomas Rödl

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

DFG-VK- Landesverband Bayern(dfg-vk-bayern.de)

Kontakt: muenchen@dfg-vk.de

(aus verschiedenen Texten zusammengestellt und redigiert von Doro Weniger)

ⁱⁱ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

ⁱⁱ Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006, vgl. bmvg.de